

Wir im Landkreis Harburg...

Die Niedersächsische Gemeindeordnung muss bleiben!

Die von der Landesregierung geplante Verabschiedung eines Kommunalverfassungsgesetzes steht landesweit in der Kritik. Unter dem Vorwand, die kommunalen Handlungsspielräume zu erweitern und die Attraktivität des Ehrenamts zu stärken, wird mit einer bewährten Tradition gebrochen: Das eigenständige „Grundgesetz“ der niedersächsischen Gemeinden, als welches die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) heute gilt, soll abgeschafft werden.

Darüber hinaus enthält der Gesetzesentwurf zum neuen Kommunalverfassungsgesetz einige aus meiner Sicht problematische Neuerungen. So soll z.B. künftig bei der Wahl der Bürgermeister und Landräte auf eine Stichwahl zwischen den beiden stärksten Kandidaten verzichtet werden, wenn keiner der Bewerber die absolute Mehrheit erreicht hat. Eine relative Mehrheit ist jedoch m.E. keine ausreichende Legitimation für diese Ämter. Eine weitere Neuerung, die in Wahrheit keine Stärkung des Rates bedeutet, ist das Verbot, dass der Rat den Bürgermeister zum Ratsvorsitzenden wählen darf.

Mit dem neuen Kommunalverfassungsrecht soll nur von zentralen „Baustellen“ unserer Kommunen abgelenkt werden, und damit meine ich vor allem die schwierige Situation der kommunalen Haushalte. Auf diesem Gebiet gilt es, nachhaltig tragfähige Lösungen zu erarbeiten.



Brigitte
Somfleth, MdL

Ehrenamtliche Kommunalpolitik: Warum tut man das?

Betrachtung eines Kreistagsmitglieds – von **Dr. Dieter Bender, Winsen (Luhe)**. Ich habe die feste Überzeugung, dass dies, was wir tun, politisch ist. Jeder von uns Bürgern hat Forderungen an die Allgemeinheit und hat Ziele in der gesellschaftlichen Entwicklung seiner Lebensumgebung, selbst derjenige, der Chillen als Lebensziel hat. Eindeutig wird derjenige, der sich einmischt in Entscheidungsprozesse, die seine Lebensbedingungen betreffen, erfolgreicher im Erreichen seiner Forderungen sein als derjenige, der geduldig wartet, dass andere dies für ihn erledigen. Mit der Absicht, mich auf Kreisebene einzumischen, habe ich mich 2006 als Kandidat aufstellen lassen. Ich wurde direkt in den Kreistag gewählt und sollte/durfte/musste sofort viele Dinge (mit-)entscheiden, über die ich bis dahin nur sehr oberflächlich nachgedacht hatte. Und in der Tat gab es in den zurückliegenden vier Jahren einiges zu entscheiden: Die Integrierte Gesamtschule (IGS), die Sanierung und Erweiterung

des Reitsportzentrums Luhmühlen, die Krankenhaus-Eigenkapitalerhöhung oder die Fusion der Sparkassen Harburg-Buxtehude und Lüneburg – um nur einige Themen zu nennen. Die Beispiele zeigen in meinen Augen, dass wir als ehrenamtlich tätige Bürger in unserem föderativen System diverse Dinge beeinflussen, aktiv gestalten, die unseren Lebensraum direkt betreffen und die nachhaltig wirken. Wozu geht man nun in seiner Freizeit in Sitzungen? Ich denke, der Hauptantrieb rührt daher, dass man irgendwann feststellen kann, an diesem erzielten Ergebnis habe ich mitgewirkt. Die Erfüllung einer gesellschaftlich anerkannten Aufgabe, gepaart mit einer kleinen Portion Eitelkeit und einer gewissen Selbstverwirklichung zum Wohle aller. Es macht Spaß zu gestalten – den Spaß können Sie auch haben! Bei Interesse an einer Mitwirkung auf Gemeinde- und/oder Landkreis-Ebene wenden sie sich bitte an ihren lokalen Vertreter der SPD.

Silva Seeler: Die Meinungsvielfalt steht auf dem Spiel

Eine Änderung im Niedersächsischen Mediengesetz soll ihn ab dem 1. Januar 2011 ermöglichen: den kommerziellen lokalen Rundfunk. Den entsprechenden Gesetzesentwurf der Landesregierung kritisiert die SPD-Fraktion, setzt er doch die Meinungsvielfalt aufs Spiel.

Die Verhinderung von Meinungsmonopolen, eine zentrale Aufgabe der Medien- und Pressegesetzgebung, spielt offenbar keine Rolle mehr. Denn: Neben dem landesweiten Rundfunk können künftig auch auf lokaler und regionaler Ebene werbefinanzierte Hörfunk- und Fernsehprogramme verbreitet werden. Bisher gibt es diese nicht. Zeitungsverlegern werden dabei Beteiligungen von bis zu 49,9 Prozent ermöglicht. Es kann aber nicht sein, dass die einzige Zeitung vor Ort auch noch den neuen Lokalsender dominiert. Die Online-Aktivitäten der Verlage werden im Entwurf bei der Frage der Meinungsmacht gar nicht erst berücksichtigt. Wichtiger ist es, denjenigen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, die eine wirtschaftliche Basis für die Finanzierung von Qualitätsjournalismus benötigen. Was wir deshalb brauchen, sind gut aufgestellte Verlage, mehr Bürgerfunk sowie einen Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenz. Zu all dem liefert die Landesregierung allerdings keine Impulse.

Silva Seeler, MdL

Da steckt Europa drin!

Förderpolitik der Europäischen Union – Bernd Lange

Ein Blick auf die Höhe der EU-Fördergelder, die zwischen Mitte 2007 bis Ende 2009 allein in den Landkreis Harburg geflossen sind, zeigt, dass viel Europa im Landkreis steckt. Bisher flossen 8,7 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und 4,5 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nach Harburg. Hinzu kommen Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER). Mit Mitteln aus dem EFRE wird das Agrarium im Freilichtmuseum am Kiekeberg umgesetzt. Auch das Naturinformationszentrum Undeloh wird gefördert. Beide Projekte steigern die Attraktivität der Region, sind gut für den Tourismus und schaffen Arbeitsplätze.

Förderprinzip der EU ist immer eine Ko-Finanzierung, d.h. die Finanzierung muss außerdem durch Kommune, Land oder Bund gewährleistet sein. Dies verhindert eine EU-Finanzierung „ins Blaue“ und unterstützt Projekte und Initiativen, die vor Ort notwendig und sinnvoll sind. Ziel der Strukturfonds ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Die Regionalpolitik bildet heute (Förderperiode 2007-2013) den zweitgrößten Posten des EU-Haushalts.

Aktuelles aus Europa gibt es alle 14 Tage per Email im Newsletter „Europa-Info!“. Hier kostenfrei abonnieren: <http://www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info/>



Ein neuer Typus Sozialarbeiter muss her

Aus den Biographien der meisten jugendlichen Gewalttäter, zumal derjenigen, die sich den rechtsextremistischen Kameradschaften angeschlossen haben, geht eines hervor: sie wollen die Bestätigung bekommen, dass sie wertvoll sind und gebraucht werden, dass sie Karriere machen können und dass sie einer „männerbündischen Gruppe“ angehören, die sich als eine Elite versteht, die durch Gewaltanwendung auch Macht hat. In der Kameradschaft der Geführten einerseits und in der Führerfigur des allgewaltigen harten, aber wohlwollenden „Vateroffiziers“ andererseits finden sie das, was in ihren Familien verloren gegangen ist: Zusammenhalt, kollektive Identität, Orientierung, Elite- und Sendungsbewusstsein, religiöses Grundgefühl und Sicherheit versprechende hierarchische Führer-

sequenz. Das ist das Gegenteil von all dem, was ihnen die Mehrheitsgesellschaft bietet. Allzu oft wird ihnen das Gefühl gegeben, sie seien leistungsmäßige Nieten, Versager, die am Rande ständen und als Männer ohnehin potentielle Vergewaltiger und Gewalttäter seien. In der Jugendarbeit gibt es viele intelligente Ansätze, unzählige Präventionsprogramme und zahllose Aufklärungsinitiativen in Schulen und Vereinen.

Bloß, die meisten nützen nichts. Das zeigt die erschreckend angewachsene Zahl der Jugendlichen, die offen ihre Sympathien für die Rechtsextremen bekunden. Was hilft, ist kein verkopftes Wissen, das sich in Handlungstheorien erschöpft, sondern es sind neue Projekte, in denen ein neuer Typus von Sozialarbeiter das Vertrauen, die Achtung, den Respekt und die Herzen der jungen Männer gewinnt.



Dr. Otto Felix Hanebutt

Innere Sicherheit gewährleisten



Seit über sechzig Jahren macht sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die größte Polizeigewerkschaft in Deutschland, sowohl für die Verbesserung der sozialen und finanziellen Bedingungen der Polizeibeschäftigten als auch für Verbesserungen im Bereich der Inneren Sicherheit stark. Trotz guter Arbeit der Polizei, durch die sich die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich sicher fühlen können, ist noch immer viel zu tun.

Neben der notwendigen Verfolgung von Straftaten fordert die GdP, dass die Prävention, also die Verhinderung von Straftaten, wieder oberste Priorität bekommt. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit Gewaltdelikten bei Jugendlichen. Hier muss die Politik mehr

tun und die vielen ehrenamtlichen Initiativen bündeln und stärker unterstützen. Um die innere Sicherheit zu gewährleisten, braucht die Polizei mehr Personal; in Niedersachsen ist das noch immer nicht erfüllt. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern und die Einführung von sogenannten Bürgerwehren sind dabei keine Lösungen. Die Forderung der GdP ist daher, die Polizei wieder vor Ort zu stärken. Seit 2003 wurde die Polizeiorganisation stark zentralisiert. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist aber eine dezentralisierte Polizei nötig, damit sowohl Einsatzbeamte als auch die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr lange auf spezialisierte Kräfte aus der Zentrale warten müssen.

Dietmar Schilff (48) ist Polizeihauptkommissar und ehrenamtlich stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen (GdP)



CDU und FDP kippen „Heidewasser-Konsens“

In der Sitzung des Umweltausschusses des Niedersächsischen Landtages am 9. August hat es heftigen Streit zwischen den Vertretern der SPD-Opposition und der CDU/FDP-Koalition zum Thema „Heidewasser“ gegeben. Die CDU hatte jüngst einen Änderungsvorschlag zu den Entschließungsanträgen von SPD und Grünen eingebracht. „Hiermit stellt die niedersächsische CDU den Hamburger Wasserwerken einen Freibrief aus“, kritisierte Brigitte Somfleth in Hannover. „Damit haben CDU und FDP im Landtag den Heidewasser-Konsens, der vor Ort bereits besteht, aufgekündigt“, ergänzte die SPD-Abgeordnete Silva Seeler.

Die Hansestädter wollen für die kommenden 30 Jahre 16,6 Millionen Kubikmeter Grundwasser jährlich fördern. Bereits 2004 war die alte Genehmigung hierzu abgelaufen. Momentan wird auf Grundlage einer Übergangsregelung gefördert. Noch Anfang April hatte CDU-Umweltpolitiker Martin Bäumer erklärt, die Laufzeit des neuen Vertrages mit Hamburg müsse auf maximal zehn Jahre begrenzt werden. „Nun erfolgt auf einmal ein schwarz-gelber Sinneswandel und es ist nur noch davon die Rede, dass der Vertrag 30 Jahre laufen und alle zehn Jahre überprüft und angepasst werden müsse“, erläuterte Somfleth. Damit würden den Hamburgern Tür und Tor geöffnet, in der Zukunft ihren Heidewasser-Bezug noch weiter ausbauen zu können. „Warum CDU und FDP in Niedersachsen auf einmal die Hamburger Karte spielen, ist nicht erklärbar“, ergänzte Seeler. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, diesen Änderungsantrag von CDU und FDP abzulehnen, da niedersächsische Interessen verraten werden.

Somfleth und Seeler zeigten sich persönlich enttäuscht von ihren CDU-Landtagskollegen Norbert Böhlke (Seevetal), Heiner Schönecke (Buchholz/Nordheide) und Andre Wiese (Winsen/Luhe), denen es offenbar nicht gelungen sei, den breiten Konsens, der im Kreis Harburg erzielt worden war, in der CDU-Fraktion erfolgreich zu vertreten.